

Kärnten diskutiert: Moderne Lösungen für Menschenrechte und Sicherheit!

Kärnten diskutiert am 6. Juni 2025 Sicherheitsthemen und fordert Anpassungen der Menschenrechtskonvention auf einem Sicherheitsgipfel.



Kärnten, Österreich - Im Rahmen des heutigen Sicherheitsgipfels in der Kärntner Landesregierung haben sich Vertreter von Politik, Behörden und Fachabteilungen versammelt, um über drängende Sicherheitsthemen zu diskutieren. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und sein Stellvertreter Martin Gruber (ÖVP) standen dabei im Mittelpunkt und eröffnete das Treffen mit einem klaren Fokus auf die Notwendigkeit, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu modernisieren. **5min.at** berichtet, dass Peter Kaiser betont hat, dass die EMRK seit ihrer Einführung kaum Anpassungen erfahren hat und daher einer grundlegenden Überprüfung bedarf. Dies sei besonders wichtig, um sachliche Diskussionen über Migration und Menschenrechte zu führen.

In dieser Konferenz stellte auch Andreas Schlegel vom Krisensicherheitsbüro der Bundesregierung via Onlineschaltung das neu eingeführte Bundeskrisensicherheitsgesetz (B-KSG) vor, das seit dem 1. Januar 2024 in Kraft ist. Dieses Gesetz soll die staatliche Resilienz und Koordination in Krisensituationen sichern. Es umfasst wesentliche Regelungen zur Krisenvorsorge, -bewältigung sowie zu Informationspflichten der Entscheidungsträger. Der Nationalrat hat diese Initiative bestätigt und unterstreicht damit die Bemühungen, sich auf neue Bedrohungen, inklusive der Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz und manipulative soziale Medien, vorzubereiten. Die Details des B-KSG können im offiziellen **Rechtsinformationssystem** nachgelesen werden.

Migration im Fokus

Die Debattenplattform drehte sich nicht nur um nationale Sicherheitsbelange, sondern auch um die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik. Laut den Informationen der **Stiftung Institut für Menschenrechte** dürfen Flüchtlinge nur in sichere Gebiete abgeschoben werden, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit nicht gefährdet ist. Diese moralische und rechtliche Verpflichtung wird von den Politikern am Sicherheitsgipfel ernst genommen. Kaiser und Gruber betonten in ihren Reden die Notwendigkeit, die EMRK entsprechend an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Ein zentrales Anliegen stellt laut Kaiser die Überwachung von Messaging-Diensten zur Prävention von Terrorismus dar. Das Ziel ist klar: Die Sicherheitslage soll verbessert und gleichzeitig die Rechte der Menschen gewahrt werden. Martin Gruber sprach von der Herausforderung, Sicherheitsmaßnahmen in Einklang mit den Menschenrechten zu bringen und forderte eine offene Diskussion über diese Themen.

Dank an Verdiente Mitarbeiter

Ein weiterer Punkt des Gipfels war die Verabschiedung von Otmar Roschitz, der nach vielen Jahren an der Spitze der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) in den Ruhestand geht. Kaiser bedankte sich herzlich bei Roschitz für dessen engagierte Arbeit im Asylwesen, ohne deren Einsatz die aktuelle Debatte möglicherweise ganz anders verlaufen wäre.

Insgesamt spiegelt der heutige Sicherheitsgipfel die Komplexität der Herausforderungen wider, vor denen Österreich heute steht. Die Verquickung von Sicherheit und Menschenrechten muss stetig neu überdacht werden, um sowohl den Schutz der Bürger als auch die Rechte von Migranten zu garantieren.

Details	
Ort	Kärnten, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• ris.bka.gv.at• www.institut-fuer-menschenrechte.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at